

Stimme eines kritischen Journalisten

☒ Im Internet kursiert zur Zeit das Schreiben eines kritischen Journalisten, der die Rolle des Kölner Zeitungsmonopolisten [DuMont](#) (Stadtanzeiger, Rundschau und Express) beleuchtet. Der Autor belegt, wie das Zeitungsmonopol die Ausschreitungen gegen Andersdenkende am Wochenende in Köln seit Wochen angestachelt und aufgehetzt hat.

PI bringt den Beitrag ungekürzt:

Bürger, welche sich gegen zunehmenden Islamismus in Deutschland wehren wollen, werden kurzum zu „Rechtsextremisten“ gestempelt.

Als Vorreiter dieser „Zersetzungskampagnen“ scheint sich jetzt das Kölner Verlagshaus DuMont (Kölner Express, Kölner Stadtanzeiger, Kölnische Rundschau) zu machen. Wie vom Verlag gewohnt, soll die politische Diskussion um den offensichtlich zunehmenden konservativen Islam unterdrückt und Gegenbewegungen eliminiert werden.

So hat das Verlagshaus am 13.09.08 einen ganzseitigen Aufruf zum Boykott gegen die von Pro Köln e.V. proklamierte Kundgebung am 20. September in Köln aufgerufen.

Dem islamischen Verein DITIB, Bauherr der umstrittenen neuen Großmoschee in Köln, sind mittlerweile durch unzählige Recherchen und Veröffentlichungen, Verbindungen zu verfassungsfeindlichen und radikalen islamischen Gruppierungen zu unterstellen.

Beängstigend, wenn sich ein Zeitungsverleger so eindeutig auf dessen Seite stellt und sich für die Zerstörung deutscher Kultur und Lebensart einsetzt, anstatt sich mit neutraler Berichterstattung zu beschäftigen, was eigentlich seine

Aufgabe wäre.

Man muss kein Fan von Pro Köln e.V. sein um beobachten zu können, dass der Verlag leider seit langem versäumt, die Meinung der deutschen Bürger einzufangen und immer dreister „Propagandajournalismus“ betreibt. Die Meinung der meisten Kölner, die sich vehement gegen eine Überpräsentation des Islam in ihrem Alltag und dessen steigendem Einfluss in Politik und Gesellschaft beschweren, ist ein längst bekannter Fakt, zählt für den Verleger nicht. Leider üben die meisten ihre Kritik nur am Kölschtresen, der letzten Zuflucht des Bürgers, dort allerdings eindeutig und überall, ohne Mitglied von Pro Köln zu sein.

Dank der erfolgreichen Propaganda der Medien und in diesem Falle des Hauses Dumont sind die Bürger bereits so eingeschüchtert, dass entsprechende Argumentationen meist mit den Worten beendet werden: „aber man darf ja seine bürgerliche Meinung nicht sagen, sonst wird man gleich als Nazi abgestempelt“.

In Pro Köln e.V., eine meinerwegen „rechte Gesinnungsfraktion“ ohne großen politischen Einfluss, hat man ein Feindbild gefunden, welches der politischen Manipulationskampagne gerade recht kommt.

DuMont zeigt hier seine Haltung zu Demokratie und Berichterstattung in einer Weise, wo „der Teufel mit dem Belzebub“ ausgetrieben werden soll und vergewaltigt jeden demokratischen und journalistischen Grundsatz.

Niemandem darf in einem demokratischen System wie dem unseren, zumindest bisher, die Meinungsfreiheit, Demonstrations- und Versammlungsrecht verboten werden, solange er keine kriminelle Absicht erwiesen ist oder ein begründeter Verdacht besteht.

DuMont tut dies, indem der Verleger die „Anfälligen“ der Bevölkerung aufwiegelt, die Versammlung der Islamgegner zu

boykottieren. In ganzseitiger Zeitungspropaganda werden die Leser zu einer Gegendemonstration aufgerufen, wobei man nicht versäumt, den Bürgerverein Pro Köln mehrmals und natürlich eigennützig „rechtsextrem“ oder „rassistisch“ darzustellen. Unter dem Motto „Wir stellen uns quer“: hätte man schreiben müssen: „Wer anderer Meinung wie Dumont ist, hat in Köln keinen Platz!“

Die Unterstützer dieser Polit-Propaganda sind auf besagter Seite teilweise veröffentlicht und mit vorwiegend linken politischen Titeln und Ämtern versehen, dass man um den Verdacht der „Klüngelei“ nicht herumkommt.

Zumindest kann davon ausgegangen werden, dass wohl kaum einer der „dekorierten“ Personen eine islamische Familie in seinem Privathaus beherbergt. Auch keiner der bekannten Kölsch-Musiker gibt sich privat mit dem „Migrationspublikum der Stadt“ ab, im Gegenteil, sie leben bestens vom konservativen Bürgertum.

So stellt sich hier die Frage, wem soll mit einer solchen scheinheiligen und gefährlichen „Öffentlichkeitsarbeit“ gedient werden.

Dass hier automatisch autonomen Linksradikalen, Chaoten und radikalen islamischen Gruppen der Rücken gestärkt wird und solche noch zusätzlich motiviert werden, scheint beabsichtigt, zudem wird einer weiteren Islamisierung unseres Landes der Boden bereitet.

So hat vorwiegend Dumont die gewalttätigen Ausschreitungen während der Veranstaltung zu verantworten, schließlich hat man dazu eingeladen, ja motiviert.

Die angetretenen Gegendemonstranten, Migranten, Linke, Pseudoreformer, politisch verirrte Mitläufer und profilierungssüchtige Aktive stellten keinesfalls die Masse und Meinung der Kölner Bürger dar, sich damit schmücken zu wollen ist purer Zynismus.

Schadenfroh wurde auch berichtet, dass sich keine Taxifahrer fanden, welche die Kundgebungsteilnehmer fahren wollten. Kein Wunder, denn 80 % der Kölner Taxifahrer sind Muslime.

Solche Aktionen lassen einem echten Demokraten „die Haare zu Berge stehen“ und sind äußerst beängstigend. Hier sollte man sich ernsthaft die Frage stellen, wer hier Volksverhetzung betreibt.

Da sich das Verlagshaus in Köln ohne Konkurrent als „Meinungsbilder“ manifestiert hat, war danach, wie zu erwarten, eine einseitige und eigennützige Berichterstattung zu lesen.

Werner Krieger

Freier Journalist

Parteilos- KEIN Mitglied des Pro Köln e.V.

Mutige Worte in Köln. Besonders für einen Journalisten.

(Gastbeitrag: Werner Krieger)

Köln: Feuerüberfall auf Polizeistreife

☒ In Köln haben gestern Abend junge Migranten mit einem getürkten Notruf eine Polizeistreife in einen Hinterhalt gelockt und Schüsse auf die Beamten abgegeben. Ein „südländischer“ Anrufer, der sich zum Akzent passend den Namen Yussuf Ahmed gab, hatte vorgegeben, eine hilfsbedürftige Person liege auf einem Waldweg.

Aus dem [Polizeibericht](#):

Am späten Dienstagabend (23. September) haben bislang Unbekannte in Köln-Rondorf Schüsse auf eine Streifenwagenbesatzung abgegeben. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Staatsanwaltschaft und Polizei Köln geben bekannt:

Am späten Dienstagabend (23. September) haben bislang Unbekannte in Köln-Rondorf Schüsse auf eine Streifenwagenbesatzung abgegeben. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Gegen 23:35 Uhr wurde eine Streifenwagenbesatzung zu einem Einsatz „Hilflose Person“ in die Kurische Straße gerufen. Die eingesetzten Beamten (Sie 26, Er 38) fanden auf dem Verbindungsweg zwischen Kurische Straße und Talstraße eine männliche Person, die dort auf dem Boden lag. Als die Beamten sich dem Mann näherten, sprang dieser plötzlich auf. Zeitgleich traten zwei weitere Personen aus dem angrenzenden Wald und bedrohten die Polizisten mit Schusswaffen. Nach erfolgloser Aufforderung der Polizisten, die Waffen nieder zu legen, gaben sie zwei Warnschüsse ab, worauf die Täter die Flucht ergriffen. Dabei drehten sich die Flüchtenden nochmals in Richtung der Beamten um und gaben Schüsse ab.

Am Tatort fanden die Ermittler eine Waffe, die einer so genannten „Pumpgun“ stark ähnelt. Nach ersten Erkenntnissen handelt es sich um einen Nachbau, der als Schreckschusswaffe verwendet wird.

Inzwischen wurden weitere Waffen gefunden. Die noch andauernde Untersuchung der Waffen durch den Erkennungsdienst soll klären, ob es sich um scharfe Schusswaffen handelt.

Die Polizei Köln hat eine Mordkommission eingerichtet.

Die Absuche des Tatortbereiches nach weiteren Beweismitteln ist nahezu abgeschlossen.

Zeugen, die um die fragliche Zeit verdächtige Beobachtungen gemacht haben oder Hinweise zum Anrufer machen können, werden gebeten, sich mit dem

*Polizeipräsidium Köln
Kriminalkommissariat 11*

in Verbindung zu setzen.

Die Polizei hat die Tonaufzeichnung des eingehenden Notrufes im wav-Format zur Verfügung gestellt: [Aufzeichnung des Notrufs](#)

(Spürnase: Frank)

Berlin feiert Tag der Gewalt

☒ Der letzte Freitag im heiligen Fastenmonat der Religion des Friedens heißt auch der „Tag der gewaltsamen Vernichtung Israels“. Wie alle Jahre gibt es dazu in Berlin eine Großdemonstration der libanesischen muslimischen Terrororganisation Hisbollah („Partei Gottes“), die auch gern von Schrammas Demokratiewächtern von der Linkspartei besucht wird.

Die [Welt berichtet](#):

Der letzte Freitag im Fastenmonat Ramadan ist der „Jerusalem-Tag“. Oder wie die Hisbollah ihn nennt, der „Tag der Waffe, der Tag der Befreiung durch Gewalt.“ Weltweit kommt es zu Demonstrationen für die „Vernichtung des zionistischen Staates“. Auch in Berlin ist am Samstag ein „Friedensmarsch“ geplant – offensichtlich eine Mogelpackung.

Als der iranische „Revolutionsführer“ Ayatollah Khomeini im

Jahr 1979 den jeweils letzten Freitag im Fastenmonat Ramadan zum „Jerusalem-Tag“ erklärte, titulierte er Israel gleich noch als „Feind der Menschheit, Feind der Menschlichkeit“. Seitdem kommt es am so genannten al-Quds-Tag weltweit zu Demonstrationen für „die Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates“ und zur „Befreiung“ Jerusalems, wie es der jetzige Staats- und Religionsführer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, formulierte.

Die zentrale „al-Quds“ Demonstration für Deutschland findet am kommenden Samstag in Berlin statt. Die Veranstalter, die Quds-AG der islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland, geben sich auf den ersten Blick versöhnlich. Ihnen gehe es um „Gerechtigkeit und Frieden“, und sie sprechen sich gegen „Unterdrückung, Krieg und Terrorismus“ aus. Im offiziellen Aufruf heißt es: „Die ethnische Säuberung und die Verbrechen des zionistischen Regimes, die amerikanischen Angriffe auf mehrere Länder, sowie die provozierte Gegengewalt haben mit Religion nichts zu tun.“

Was soll das bedeuten? Ist damit gemeint, die Anschläge von 11. September 2001 seien provozierte Gegengewalt gewesen?

Die Veranstalter rufen auch zur „Abschaffung der Atomwaffen aller Atomkräfte, insbesondere Israel“ auf. Des Weiteren solle es „keine Unterstützung der rassistischen israelischen Besatzungsmacht“ mehr geben und die NATO solle sich aus dem Nahen Osten – damit ist wohl Afghanistan gemeint – zurückziehen. Nach allgemeiner Expertenmeinung würde ein Abbruch der NATO Mission in Afghanistan in der nahen Zukunft die Machtergreifung durch die Taliban zur Folge haben.

Auf der Website der Quds-AG ist zudem eine Präsentation abrufbar, in der die Verschwörungstheorie verbreitet wird, „die Zionisten“ würden das Ziel verfolgen, die al-Aqsa Moschee in Jerusalem aus dem Gedächtnis der Menschen löschen. Und es bestehe die Gefahr, dass nach dem Gedächtnisverlust der Muslime auch die Moschee selbst verschwinden werde.

Am diesem Samstag werden die in Deutschland lebenden arabischen, türkischen und iranischen Anhängern der Hisbollah („Partei Gottes“), Irans bis an die Zähne bewaffnetem Außenposten im Libanon, wohl wie jedes Jahr einen großen Teil der Demonstranten stellen. Scheich Naim Kassem, die Nummer zwei der „Partei Gottes“, hatte 2006 auf dem in Deutschland bis heute frei empfangbaren Hisbollah-Sender „al-Manar TV“ klargestellt, was am al-Quds-Tag eigentlich zu geschehen habe: “ Der Jerusalem-Tag ist der Tag der Waffe, der Tag des Widerstands, der Tag der Befreiung durch Gewalt, der Tag des Dschihad in Allahs Namen ...“.

Dieser „Friedensmarsch“ ist offensichtlich eine Mogelpackung. Ausgerechnet die Anhänger des selbst nach Atomwaffen strebenden und die Vernichtung Israels propagierenden iranischen Regimes fordern eine atomwaffenfreie Welt, wollen den Rückzug der NATO aus Afghanistan und damit indirekt die Machtübername durch die Taliban und verbreiten anti-semitische wie anti-israelische Hetze. Und das alles für „Frieden und Gerechtigkeit“?

Wer sich fragt, warum eine Versammlung zur Vernichtung Israels und Endlösung der Judenfrage, anders als eine Kundgebung einer Bürgerbewegung, die sich genau gegen derartige Exkremamente – um ein Wort des Kölner Oberbürgermeisters zu benutzen – wendet, nicht von einer aufgebrachten demokratischen Öffentlichkeit niedergebrüllt oder vom Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches verboten wird, hat noch nicht verstanden, nach welchen Gesichtspunkten [laut Parlamentspräsident Wolfgang Thierse](#) das Recht auf freie Versammlung und Meinungsäußerung gewährt wird:

Ja, aber man kann eben in der Politik und in der Demokratie nicht nur formaljuristisch argumentieren, sondern es geht schon darum, welches Anliegen welche Gruppierung vertritt, ob es dem friedlichen Zusammenleben der Gesellschaft dient, oder ob es stört, welche historische Erfahrung, welche historischen Erinnerungen wir mit welcher Art von Anliegen

welcher politischen Position haben.

(Foto: Al Quds Tag 2007 in Berlin: Die Mutterhalbmondträgerinnen vom Bund palästinensischer Mädels machen traditionell die Speerspitze am Tag der Gewalt der Religion des Friedens)

(Vielen dank allen Spürnasen zum Thema!)

WAZ-Kommentator im Ideologie-Sumpf



Wir wissen natürlich nicht wie Wilhelm Klümper (Foto), Stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung WAZ, sein Wochenende verbracht hat. Es ist zu hoffen, dass er beide Tage mit angenehmen und kurzweiligen Beschäftigungen verbringen konnte. Ein Spaziergang vielleicht, ein gemütliches Essen oder ein schöner DVD-Abend.

Klümper kann sich dabei offensichtlich nicht mit den Realitäten dieses Kölner Wochenendes beschäftigt haben – über das er am folgenden Montag in der WAZ berichten wird. Oder er wollte es gar nicht.

Unter der, gemessen an den tatsächlichen Verhältnissen in Köln – unverschämten – Überschrift [„Ein Sieg der Freiheit“](#) stellt Klümper die Verhältnisse in Köln rund um den von Pro Köln geplanten „Anti-Islamisierungskongress“ falsch und einseitig

dar und verletzt grundlegende journalistische Anforderungen, die gemeinhin für einen Presse-Kommentar bei Journalisten als Grundlagenwissen vorausgesetzt werden:

Ein Kommentar hat demnach die Aufgabe, die Wichtigkeit eines Themas zu erläutern, er interpretiert die Bedeutung, macht mit Zusammenhängen vertraut, stellt Kombinationen an, wägt unterschiedliche Auffassungen ab, setzt sich mit anderen Standpunkten auseinander und verhilft dem Leser dazu, sich ein abgerundetes Bild über das Ereignis zu machen (Walther von La Roche: Einführung in den praktischen Journalismus. Econ, Berlin 17. Aufl. 2006)

In einem guten Kommentar soll zwar die persönliche Meinung des Schreibers deutlich werden – er soll aber die Leser dazu anregen, sich eine eigene Meinung zum Thema zu bilden.

Gemessen an dieser Definition hat Klümper eine unzureichende Arbeit abgeliefert, die gleichwohl in der WAZ vom 22.09.2008 gedruckt wurde.

Klümper kommentiert:

Bravo Köln. Die Bürger der stolzen Stadt am Rhein haben den Rassisten von Pro Köln und ihren braunen Gesinnungsgenossen aus dem Ausland erfolgreich kontra gegeben. Der „Anti-Islamisierungskongress“ wurde unter dem Druck des breiten Widerstands abgesagt.

Dass der Anti-Islamisierungskongress von Pro Köln, der ja rechtmäßig durch die Stadt Köln genehmigt worden war, durch die ausufernde Gewalt von teilweisen deutschfeindlichen Linksextremisten, Autonomen und Antifa-Terroristen sowie einer völlig überforderten Polizeiführung verhindert wurde, die in erschreckender Weise vor dem randalierenden Mob kapitulierte – das ist ein wesentlicher Fakt, den Klümper hätte erwähnen müssen.

Obwohl Schramma einen Teil seiner eigenen Bürger als „braune Sauce“ beschimpfte, die „in den Abfluss“ gehören würden – und damit eine Nähe zu der „Untermenschen“-Rhetorik der Nationalsozialisten zeigt, beschönigt Klümper bar jeder Sachlichkeit oder Abwägung die hetzerische Fäkalsprache des Oberbürgermeisters:

Schramma redete Tacheles und enttarnte Pro Köln als Ansammlung von braunen Biedermännern die Brandstifter und Rassisten im bürgerlichen Zwirn sind.

Klümper treibt es auf die Spitze der Verleumdung und Unsachlichkeit, wenn er dies mit

Schnörkellose Worte, über die sich jeder Demokrat freuen dürfte

bejubelt. Aufrechte Demokraten, die über die wahren Verhältnisse in Köln richtig informiert sind, können diesem Journalisten hingegen nur eines raten: Herr Klümper, Sie haben die Grundsätze des Journalismus verraten und Leserinnen und Leser der WAZ nicht nur für dumm verkauft, sondern auch ideologisch indoktriniert.

» w.kluemper@waz.de

(Gastbeitrag von Thorsten U.)

Iftar in der schwäbischen Regierungszentrale



In den Bundesländern hält der Islam auch auf Regierungsebene Einzug. In Braunschweig [pilgert der OB](#) zum Fastenbrechen bei Verfassungsfeinden, in NRW [lädt der Landtag](#) ein und in Baden-Württemberg geht's [direkt in die Regierungszentrale](#). Einfühlsam teilt man dort die muslimischen Probleme, wann der erste Schluck genommen werden darf, und auch der Dhimmi verzichtet im Weinbaugebiet gehorsam auf einen edlen Tropfen. Soviel Islam muss sein!

Die Weißwein- und Rotwein-Gläser in der Villa Reitzenstein, dem Amtssitz des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU), bekamen eine neue Bestimmung: Wasser in die großvolumigen, naturtrüber Apfelsaft in die schmalen. Ein Ramadan-Empfang erweist sich als trockene Angelegenheit für ein Weinbau-Land.

Am Montagabend hatte die Landesregierung erstmals im Fastenmonat Ramadan Muslime zu einem Iftar-Essen nach Stuttgart eingeladen. (...) Mit einem Glas Wasser und Tabletts voll Dattel-Häppchen empfing das Staatsministerium die 40 Gäste. Wann aber darf zugelangt werden? Die meisten Gäste waren sich sicher, dass es gegen halb acht Uhr soweit war. Yavuz Kazanc und Kazim Per vom Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) zögerten, weil sie offensichtlich von einem einige Minuten späteren Termin ausgingen. Irritiert blickten sie umher, als andere Muslime schon die ersten Schlucke nahmen. Eigentlich bieten die Moscheeverbände den Gläubigen genau nach Breitengrad berechnete Zeiten für das Fastenbrechen an.

Wir sind darüber sehr erleichtert. Noch glücklicher werden wir nur durch die Ankündigung der Islamverbände, durch Schließen der Reihen und Bildung einer Einheitsfront ihrer Stimme noch mehr Gewicht verleihen zu wollen.

» Email an die Ba.-Wü. Landesregierung:
pressestelle@stm.bwl.de

(Spürnase: John H.)

Für die Westdeutsche Allgemeine unerträglich



Leser Wolf H. schrieb uns: Der folgende Beitrag von mir wird beständig von der [WAZ](#) kommentarlos gestrichen. Anscheinend passt er so ganz und gar nicht in die Meinungsmache der Qualitätsjournaille. Der Kommentar enthält nicht etwa Aufrufe zur Gewalt oder persönliche Diffamierungen. Er enthält einfach nur die falsche Meinung.

Nun erklär mir doch ein linker Sturmabteilungs-Schläger das Folgende: Als vor wenigen Monaten ein ultrarechter Ausländerfeind hier in Köln seine Rede vor frenetisch jubelnden Anhängern hielt, da war keiner der Schwarzen Brut, kein Narr im Kostüm anwesend, um dem Treiben dieses Herren, der eigens aus seinem Heimatland angereist war, um den

fremdenfeindlichen, integrationshindernden Parolen Einhalt zu gebieten.

Wer denn das bloß war?

Nun, er sagte beispielsweise: „Die Kuppeln unserer Moscheen sind unsere Helme, die Minarette die Lanzen und die Gläubigen die Soldaten, die wir brauchen, um das Land hier zu erobern.“

Er sagte weiter: „Integration ist verbrecherische Assimilation,“ und riet seinen Landsleuten sich nicht assimilieren zu lassen.

Na dämmerts? RICHTIG! Der große Führer unserer armen, so missverstandenen und schützenswerten Migranten, Herr Erdogan.

Herr Erdogan, der bekannterweise eng mit den Grauen Wölfen (die sind bestimmt nicht sehr links, nein, die kann man getrost mit Geheimbünden des Dritten Reiches vergleichen) zusammen arbeitet.

Also dieser nette Herr, der sich Proteststürmen seiner Mitmenschen im Heimatland ausgesetzt sieht, da er die Re-Islamisierung des Staates vorantreibt, die Atatürk nicht ohne Grund mit der Staatsbildung ausschloss und das Militär damit beauftragte, die Trennung von Staat und Religion zu überwachen.

Der Herr der sich immer wieder erfreut darüber äußert, dass die Re-Islamisierung von Deutschland aus so wunderbar vorzubereiten sei, da dort die (aufgeklärten) Bürger stete Unterstützung liefern.

Also, wo waren denn die selbsternannten, brandschatzenden, Keulen schwingenden und Steine werfenden Beschützer unseres freien Landes, die linke Sturmabteilung, als diese braune Brut sich traf, um ihrem FÜHRER frenetisch zu feiern?

Haben die das verpennt oder machen die unverhohlen gemeinsame Sache mit den eingewanderten Braunen allerübelster Kategorie?

Wo war da der Oberbürgermeister mit den friedlich gegen Rechts protestierenden Bürgern? Alle im Urlaub? Oder in geistiger Umneblung versunken, weil unsere Medien nicht ausreichend informieren – wer weiß warum nicht?!

Also da hätte ich doch sehr gerne mal ein paar schlüssig aufklärende Kommentare zur Sache.

Offenbar ist die Qualitätsredaktion zur argumentativen Auseinandersetzung aber nicht in der Lage und erwartet dies auch nicht von ihren Lesern. Also löschen. Geht auch schneller und jeder schafft's.

» Email an die WAZ: meinungsforum@waz.de

Die Helden von Köln



Eigentlich habe ich immer gern in diesem Land gelebt. Man kann seine Meinung frei sagen, falls man eine hat, alle möglichen Bücher kaufen, Zeitungen lesen, Talkrunden im Fernsehen verfolgen, reisen wohin man will, zu essen gibt es auch genug und die NPD bekommt bei Wahlen immer nur ein paar mickrige Prozent. Diese Idylle schien mir immer unzerstörbar bis zu jenem Tage, an dem

ich begriffen habe, dass unser Land von der Schlimmsten aller Gefahren bedroht wird: den unsichtbaren Nazis.

Zu verdanken habe ich diese Erkenntnis den zahlreichen Aufrufen zum „Kampf gegen Rechts“, die landauf, landab ununterbrochen in den Medien verbreitet werden. Zwar kenne ich persönlich keinen Nazi und die paar Skinheads, die ihr Unwesen treiben und deren äußere Erscheinung mit ihrer Intelligenz harmoniert, können nicht die wahre Ursache für den landesweiten Alarmruf sein. Nein, es muss in diesem Land viele Millionen Nazis geben, die sich unerkannt unter uns bewegen und sich anschicken, wieder die Herrschaft zu ergreifen. Ich vermute, dass diese Nazis anders als 1933 diesmal die Machtübernahme ganz klammheimlich vorbereiten. Sie sind Meister im Täuschen und Verstellen. Sie wählen bewusst keine Nazi-Parteien, damit ihr Feind – also auch ich – sich in Sicherheit wiegt. Die fatale Konsequenz lautet: Hinter jedem meiner Mitmenschen kann sich solch ein Nazi verbergen. Mein Nachbar zum Beispiel, der immer sagt, er würde die Grünen wählen, die linke Lehrerin meines Sohnes, die sich bei der GEW engagiert, der schwule Bademeister im Freibad (ist das etwa eine Blutgruppen-Tätowierung auf seinem Arm?) oder gar die freundliche türkische Kassierererin im Aldi?

Aber wie haben die Kämpfer gegen Rechts denn überhaupt von der Existenz der vielen Nazis, die man ja nicht sehen und nicht hören kann, erfahren? Die Antwort ist frappierend einfach: Es gibt Menschen, die können Nazis fühlen. Ja, an alles haben die braunen Horden gedacht, um sich zu tarnen, nur nicht daran, dass man sie fühlen kann! Und deshalb haben die gefühlten 100.000 Nazis, die vergangenen Samstag in Köln unter dem Vorwand eines „Anti-Islamisierungskongresses“ das Vierte Reich ausrufen wollten, denn auch eine unerwartete historische Niederlage hinnehmen müssen. Gefühlt, und so noch rechtzeitig entdeckt von sensiblen Nazi-Aufspürern, hat sich ein Bollwerk beherzter Kölner dem faschistischen Heer todesmutig entgegen gestellt – und triumphiert! Eine bunte Koalitionsarmee aus

Kommunisten, Sozialisten, Anti-Faschisten, Gewerkschaftern, Kirchenleuten, Künstlern, Taxifahrern, Kneipenwirten, Straßenbahnschaffnern und Eisverkäufern hat unter der generalstabsmäßigen Führung des heldenhaften Kölner CDU-Oberbürgermeisters Fritz („No pasaran!“) Schramma den Sieg errungen.

Schade, leider war ich nicht dabei. So kam ich auch nicht in den Genuss des erhebenden Gefühls, das sich einstellt, wenn man unter Einsatz von Leib und Leben die Demokratie siegreich gegen eine totalitäre feindliche Übermacht verteidigt hat. Ich muss allerdings zugeben, dass ich ein eher ängstlicher Typ bin. Und als ich hörte, dass der Kölner OB Schramma von „Euro-Faschisten“ sprach, die ihren deutschen Kameraden nun zur Hilfe eilen würden, habe ich vorsichtshalber schon mal die Koffer gepackt und den Reisepass gesucht. „Euro-Faschisten“, von denen hatte ich bis dahin noch nie etwas gehört. Sind das die Leute, die den „Euro“ eingeführt haben? Aber es ist ja alles gutgegangen. Jedenfalls – darüber bin ich unendlich erleichtert – ist die heutige Generation anti-faschistischer Widerstandskämpfer aus einem anderen Holz geschnitzt, als die Weicheier, die sich 1933 ins KZ sperren ließen und den Nazis freie Bahn gegeben haben. Auf die Zivil-Courage der Männer vom Kaliber eines Schramma, Laschet und Niedecken kann der Bürger zählen. Die lösen nicht gleich die Fahrkarte ins Exil, wenn es hart auf hart gegen die Nazis geht.

So, meine Koffer habe ich inzwischen wieder ausgepackt. Ich fühle mich wieder sicher in diesem Land. Und sollte mir irgendwann eine Horde kampfbereiter Nazis begegnen, dann rufe ich einfach laut „Arsch huh“, in der Gewissheit, dass mir Schramma und seine Kölner Helden sofort entschlossen zur Seite stehen.

(Gastbeitrag von Censor)

Weinende Kinder

✘ Zum Dank dafür, dass die Polizei befehlsgemäß zuschaute, wie Schrammas Kindersoldaten zwei Tage lang die Kölner Bürger terrorisierten, gibt es zum guten Schluss von den linken Deutschlandhassern noch den obligatorischen Tritt in den Hintern.

Weil unter den später festgenommenen Jungverbrechern, die ihre Gewaltorgie nicht rechtzeitig beenden mochten, soviele Kinder und Jugendliche waren.

Den folgenden Aufenthalt im deutschen Guantanamo zu Brühl erklärt die Polizei damit, dass viele Eltern nicht informiert waren, dass ihre Kinder von „Betreuern“ und Lehrern zu den Krawallen verbracht worden waren.

✘

Ausgerechnet [der Spiegel](#), dessen Reporter in Köln sich besonders engagiert hatten, die Schlägerbanden mit Informationen zu versorgen, wo es mögliche Pro Köln-Anhänger zum zusammenschlagen gab, bejammert die Festnahme seiner kriminellen Zöglinge:

Am frühen Nachmittag beginnen die Einsatzkräfte, „Schließungen“ durchzuführen – also große Gruppen zu umzingeln. Gleich drei solcher Kessel richten die Einsatzkräfte ein. Damit habe man circa 500 gewalttätige Störer wegen Landfriedensbruch festsetzen wollen, so die Kölner Einsatzleitung. Unter den Eingeschlossenen befinden sich neben zahlreichen Linksautonomen auch drei Kinder und 72 Jugendliche.

Erst am frühen Abend bringen die Einsatzkräfte die

eingeschlossenen Demonstranten von der Innenstadt in die rund 15 Kilometer entfernte Gefangenensammelstelle nach Brühl. Dort werden einige von ihnen in offene Käfige gesteckt – den kalten Abendtemperaturen ausgesetzt. Inhaftierte berichten, die Polizei habe teilweise 30 Menschen in Käfigen von 36 Quadratmetern zusammengepfercht, andere seien stundenlang in den engen Bussen festgehalten worden. Ein Gang auf die Toilette oder ein Anruf bei den Eltern sei untersagt worden.

Als die Inhaftierten eintreffen, wartet Rechtsanwältin Anni Pues vom anwaltlichen Notdienst dort schon auf sie, um Rechtsbeistand zu leisten. „Auf meine entsprechenden Bitten bei den Polizeibeamten vor Ort wurden mir nur zwei Personen zu Gesprächen gebracht. Danach wurde mir kein Zugang mehr zu Betroffenen gewährt“, sagt die Rechtsanwältin. Über Stunden legt sie die Namen von mehr als 70 Betroffenen immer wieder der Polizei mit der Bitte vor, ihr ein Gespräch zu ermöglichen. Sie harrt bis 1.45 Uhr am Morgen in der Gefangenensammelstelle aus – vergeblich.

Das Grundgesetz schreibt vor, dass nur ein Richter über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung zu entscheiden hat. „Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen“, legt Artikel 104 fest.

Eine Aufgabe, die eigentlich Richterin Erika Nagel vom Amtsgericht Köln übernehmen sollte. Wie ihr Pressesprecher, Jürgen Mannebeck, mitteilt, sind ihr im Lauf des Samstagabends aber nur sechs Personen vorgeführt worden – die sie ohne Prüfung des Sachverhaltes umgehend freigelassen hat, weil sie bereits zu lange festgehalten worden waren. Eingekegelt waren allerdings 400 Demonstranten. „Gegen 22.15 Uhr ist Frau Nagel dann gegangen, weil sie gesagt hat, sie kann sowieso nichts mehr tun“, so Mannebeck.

Ein Skandal findet Rechtsanwältin Anni Pues: „Die Richterin

wurde schlichtweg von der Polizei nicht als Kontrollorgan in Anspruch genommen und das heißt an dieser Stelle, dass die Exekutive die Judikative, das eigentliche Kontrollorgan, völlig ausgehebelt hat.“ Die Polizei gehe immer weiter dazu über, grundlegende Grundrechtseingriffe wie Freiheitsentzug letztlich in „selbstherrlicher Art und Weise“ durchzuführen.

Warum die Polizei den Zugang zu den Inhaftierten verweigerte, bleibt unklar. Wie der Kölner Polizeipräsident Klaus Steffenhagen mitteilt, arbeite man mit Hochdruck an der internen Aufarbeitung der erhobenen Vorwürfe. „Dabei prüfen wir auch, ob die oft weiten Anfahrten der Erziehungsberechtigten, sowie der Umstand, dass einige davon nicht einmal wussten, dass ihre Kinder an den Demonstrationen in Köln teilgenommen hatten, mit ursächlich für die lange Zeitdauer waren.“ Immerhin kamen nur zehn der inhaftierten Jugendlichen aus Köln, die anderen waren angereist.

Wir vermuten: Man hat einfach vergessen, die Polizei zu benachrichtigen, dass das zum Lynchen kritischer Bürger außer Kraft gesetzte Grundgesetz bei der Verfolgung der Kriminellen wieder gültig ist. Sowas kommt vor, im Eifer des Gefechts.

(Spürnase: Thomas D.)

Kleve: Tödliche Hetzjagd auf Schwester



In der Nähe der holländischen Grenze sind zwei völlig unbeteiligte Motorradfahrer der wilden Verfolgungsjagd eines Türken auf seine Schwester [zum Opfer gefallen](#). Die Frau floh mit 140 km/h vor ihrem Bruder (70 km/h erlaubt). Nach einem Überholmanöver rammte er sie, so dass sie in die entgegen kommende Gruppe der Motorradfahrer hineinrutschte.

Auf der Bundesstraße 220 bei Kleve starben zwei niederländische Motorradfahrer. Sie kamen bei einem Unfall ums Leben, weil eine 21-jährige Deutsch-Türkin mit dem Auto von ihrem Bruder über den Niederrhein gejagt wurde. (...) Die 21-jährige Deutsch-Türkin befand sich nämlich auf der Flucht und wurde von der Familie gejagt. Mit laut Augenzeugenberichten etwa 140 Stundenkilometern soll die junge Frau auf der Bundesstraße unterwegs gewesen sein, wo Tempo 70 erlaubt ist. Der Mann, der sie mit einem Opel verfolgte, war ihr Bruder. Grund für die Flucht der jungen Frau war ein ganz simpler: Sie wollte einfach nur weg. Wohl auch weg von der Familie. Ziel soll Hamburg gewesen sein, wo sie bei Freunden unterkommen wollte.

Der ein Jahr jüngere Bruder hielt die Hetzjagd auf seine Schwester ohne Rücksicht auf Verluste knallhart durch. Selbst, als er die Verfolgung nur mit lebensgefährlichen Überholmanövern aufrechterhalten konnte. Kurz bevor es zu dem tragischen Unfall kam, hatte die 21-Jährige wieder ein Fahrzeug überholt und war gerade dabei, auf die rechte Fahrbahn zu wechseln.

Ihr Bruder raste hinter ihr her. Doch war offenbar die Lücke

zwischen dem überholten Fahrzeug und dem des Bruders zu klein. Dadurch soll es zu einem Zusammenstoß zwischen den Wagen der Gejagten und ihres Bruders gekommen sein. Diese Kollision soll dafür gesorgt haben, dass die junge Kleverin die Kontrolle über ihr Auto verlor und in den Motorradpulk rutschte.

Die Polizei spricht einfühlsam von einem „ganz schwierigen Umfeld“. Wohl wegen dieses Umfeldes setzte man den Türken zur weiteren Beschattung seiner Schwester und Vernichtung von Menschenleben wieder auf freien Fuß.

(Vielen Dank an alle Spürnasen)